



KANTONSratsPROTOKOLL

Sitzung vom 21. Juni 2021
Kantonsratspräsidentin Ylfete Fanaj

B 72 B Jahresbericht 2020 - Teil I und Teil II - Kantonsratsbeschluss über die Abschreibung von Motionen und Postulaten / Finanzdepartement

Antrag PFK zu S. 20 / BKD Ziffer 1: Nicht abzuschreiben sei das Postulat P 288, Bühler Adrian und Mit. über verbindliche Voraussetzungen für die Verleihung von Professorentiteln.
Für die Planungs- und Finanzkommission (PFK) spricht Kommissionspräsidentin Vroni Thalmann-Bieri.

Vroni Thalmann-Bieri: Antrag 1 wurde von der PFK gestellt. Das Postulat P 288 von Adrian Bühler soll nicht abgeschrieben werden. Diesem Antrag wurde in der PFK mit 10 zu 6 Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt. Wir hoffen, dass Sie dieser Haltung folgen.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Die Verleihung von Professorentiteln ist eine nationale Angelegenheit. Der Kanton Luzern hat diesbezüglich auf nationaler Ebene Gespräche geführt. In den anderen Kantonen ist dasselbe Thema aktuell nicht auf dem Radar. Wir können dieses Postulat nicht abschreiben, und der Kanton Luzern kann weiterhin Briefe an die Hochschulkonferenz schreiben. Aber wir werden diesbezüglich einfach keinen Erfolg haben, weil das in den anderen Kantonen kein Thema ist. Wir sind darauf angewiesen, dass wir eine Mehrheit von Verbündeten finden, um hier ein brauchbares Resultat zu erzielen. Das ist aktuell nicht denkbar. Ich bitte Sie darum, diesen Antrag abzulehnen und das Postulat P 288 abzuschreiben.

Der Rat stimmt dem Antrag mit 100 zu 17 Stimmen zu.

Antrag Koch Hannes zu S. 20 / Ziffer 54: Nicht abzuschreiben sei das Postulat P 10, Koch Hannes und Mit. über eine digitale Mobilitätsplattform (Weiterentwicklung Verkehrsverbund Luzern).

Für die Planungs- und Finanzkommission (PFK) spricht Kommissionspräsidentin Vroni Thalmann-Bieri.

Vroni Thalmann-Bieri: Antrag 2 lag der PFK nicht vor, somit kann ich Ihnen keine Stellungnahme dazu abgeben.

Hannes Koch: Das Postulat ist nicht abzuschreiben, weil es nicht erfüllt ist. Die Regierung sagt, dass dies auf nationaler Ebene bearbeitet werde. Das ist aber umso mehr ein Grund, das Postulat weiter aufrechtzuerhalten, weil wir bei der Arbeit aktiv sein müssen, welche der Bund leistet. Der Kantonsrat spricht immer wieder von der Kantonsautonomie, und auch die Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter in diesem Saal sprechen von der Gemeindeautonomie. Umso wichtiger ist es, dass wir unsere Anliegen auch einbringen und das umsetzen. In der Stadt Luzern wurde der gleiche Vorstoss auch eingereicht, und er wurde dort nicht abgeschrieben. Die Stadt Luzern hat realisiert, dass sie hier aktiv sein muss. Auch für unsere Landgemeinden ist es sehr wichtig, den öV attraktiver und einfacher zu machen. Die Regierung muss hier am Ball bleiben und darf diesen Auftrag jetzt nicht

einfach abgeben. Diese Botschaft fände ich völlig falsch. Ich bin überzeugt, dass die Regierung hier keine Steine in den Weg legen will. Sie soll hinstehen und sagen, dass sie das Postulat weiterverfolgen will, auch wenn sie nicht den Lead innehat. Es steht auch nicht im Postulat, dass die Regierung den Lead übernehmen muss. Sie soll das Thema in Zusammenarbeit mit dem Verkehrsverbund Luzern (VVL) bearbeiten. Ich bitte Sie, den Antrag zu unterstützen. Es kostet uns nichts, wenn wir das Postulat noch ein Jahr lang nicht abschreiben und es auf dem Radar behalten.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Das Postulat fordert Aktivitäten bezüglich einer Mobilitätsplattform auf kantonaler Ebene. Wie wir beschrieben haben, ist der Bund in diesem Bereich tätig, und es macht aus unserer Sicht keinen Sinn, dass wir parallel dazu auf kantonaler Ebene ebenfalls aktiv sind. Wir können auf den Ergebnissen des Bundes basieren und bitten Sie darum, dieses Postulat abzuschreiben und den Antrag abzulehnen.

Der Rat lehnt den Antrag mit 74 zu 40 Stimmen ab.

Antrag PFK zu S. 20 / BUWD Ziffer 67: Nicht abzuschreiben sei das Postulat P 187, Özvegyi András und Mit. über Mobility-Pricing-Pilotversuch im Kanton Luzern prüfen und ermöglichen.

Für die Planungs- und Finanzkommission (PFK) spricht Kommissionspräsidentin Vroni Thalmann-Bieri.

Vroni Thalmann-Bieri: Diesem Antrag wurde in der PFK mit 11 zu 6 Stimmen zugestimmt. Wir empfehlen, das Postulat P 187 nicht abzuschreiben.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Dies ist eine analoge Situation zum Postulat, das wir bereits vorhin abgeschrieben haben. Auch hier ist auf nationaler Ebene etwas im Gange, und es macht aus Sicht des Regierungsrates keinen Sinn, parallel dazu in jedem Kanton noch einzelne Massnahmen zu ergreifen. Die Frage des Mobility Pricing wird uns national beschäftigen, und es macht darum Sinn, auf den nationalen Ergebnissen zu basieren. Wir bitten Sie, das Postulat abzuschreiben und somit den Antrag abzulehnen.

Der Rat stimmt dem Antrag mit 81 zu 35 Stimmen zu.

Antrag Ledergerber Michael zu S. 21 / FD Ziffer 8: Nicht abzuschreiben sei das Postulat P 44, Sara Muff und Mit. über die CO₂-neutrale und umweltverträgliche Investitionsstrategie bei der LUKB und der LUKP.

Für die Planungs- und Finanzkommission (PFK) spricht Kommissionspräsidentin Vroni Thalmann-Bieri.

Vroni Thalmann-Bieri: Dieser Antrag lag der PFK vor und wurde mit 12 zu 5 Stimmen abgelehnt. Ich bitte Sie, der PFK zu folgen.

Michael Ledergerber: Wir stellen den Antrag, das Postulat P 44 von Sara Muff nicht abzuschreiben. Ende Mai 2021 veröffentlichte der WWF zusammen mit PWC Schweiz seinen Bericht über die Nachhaltigkeit im Schweizer Retailbanking 2020/2021. In diesem Bericht findet die Luzerner Kantonalbank Platz in der Gruppe der Nachzügler und Intransparenten zusammen mit der Aargauischen Kantonalbank, notabene die letzte Gruppe. Es gibt die Visionäre, die Vorreiter, die Verfolger, das Mittelfeld und die Nachzügler. Die Gruppe «Nachzügler» wird im Bericht wie folgt beschrieben: «Ihre Geschäftspolitik ist auf rein finanzielle Faktoren ausgerichtet. Sie reagieren nur dann auf Nachhaltigkeitsthemen, wenn sie durch Regulierung, Anspruchsgruppen wie z. B. NGO oder nachhaltigkeitsaffine Kund*innen dazu aufgefordert werden. Sie bieten ihren Kund*innen keinerlei nachhaltige Finanzprodukte an.» In der Botschaft B 72 B lesen wir unter anderem als Begründung für die Abschreibung: «Die LUKB betreibt eine nachhaltige Anlagepolitik und hat dazu im Oktober 2019 die Prinzipien für verantwortliches Investieren der Vereinten Nationen (UNPRI) unterzeichnet. Gleichzeitig übernimmt die LUKB ökologische Verantwortung und handelt nach den Grundsätzen schonender Umgang mit Ressourcen, Verbrauch vermeiden und Verbrauch reduzieren.» Aufgrund dieser zwei total unterschiedlichen Aussagen und weil wir im Jahr 2021 die ordentliche Überarbeitung der Eignerstrategie erst noch durchführen, bitte ich Sie, das Postulat noch nicht abzuschreiben, denn dies wäre ein falsches Zeichen.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Die Regierung ist mit diesem Antrag nicht einverstanden. Es werden hier einerseits die Luzerner Kantonalbank (LUKB), andererseits aber auch die Luzerner Pensionskasse (LUPK) angesprochen. Die LUKB hat bereits im Oktober 2019 die Prinzipien für verantwortliches Investieren der Vereinten Nationen unterzeichnet und hält sich daran. Im Frühjahr 2019 wurde die LUPK von einem unabhängigen Beratungsunternehmen als erste Pensionskasse der Schweiz für eine vergleichsweise niedrige CO₂-Intensität der Wertschriften zertifiziert. Die LUPK hat im Januar 2020 ihre Klimastrategie in ihr Anlagereglement aufgenommen, und sowohl die LUKB als auch die LUPK verfolgen in ihren Unternehmensstrategien bereits heute umweltfreundliche beziehungsweise umweltverträgliche Zielsetzungen. Wir sind mit diesen beiden Unternehmen daran, diesen Zielsetzungen nachzuleben. Entsprechend bitte ich Sie, das Postulat P 44 abzuschreiben und den Antrag abzulehnen.

Der Rat lehnt den Antrag mit 78 zu 38 Stimmen ab.

Antrag PFK zu S. 21 / FD Ziffer 9: Nicht abzuschreiben sei das Postulat P 36, Piazza Daniel und Mit. über die CO₂-Kompensation im Luzerner Wald zur Erreichung eines klimaneutralen Gebäudeparks für den Kanton Luzern.

Für die Planungs- und Finanzkommission (PFK) spricht Kommissionspräsidentin Vroni Thalmann-Bieri.

Vroni Thalmann-Bieri: Dem Antrag 5 wurde in der PFK mit 13 zu 4 Stimmen zugestimmt, und man will das Postulat P 36 nicht abschreiben. Ich spreche auch gleich zu den Anträgen 6 und 7. Dem Antrag 6 wurde mit 13 zu 4 Stimmen zugestimmt, P 34 von Ruedi Amrein nicht abzuschreiben, und dem Antrag 7 wurde mit 10 zu 5 Stimmen zugestimmt, P 101 von Irene Keller nicht abzuschreiben. Wir empfehlen Ihnen, der PFK zu folgen.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Ich spreche gleich zu den Postulaten P 36 und P 34. Sie wissen, dass die Prinzipien der Nachhaltigkeit in unserer Immobilienstrategie verankert sind. Wir dürfen auch sagen, dass wir den Anliegen Ihres Rates diesbezüglich in der Vergangenheit nachgekommen sind. Ich verweise beispielsweise auf die Wettbewerbsergebnisse zum Sicherheitszentrum oder auf die Nachbesserung beim Verwaltungsgebäude. Ich erlaube mir auch den Verweis auf die Präsentation des Wettbewerbsergebnisses des Campus Horw vom vergangenen Freitag, wo wir klar aufgezeigt haben, dass die Tragstruktur im Campus Horw vorwiegend mit Recycling-Beton und Holz in Verbundweise realisiert werden soll. Ihre Anliegen wurden aufgenommen. Wir bitten Sie daher, diese beiden Postulate abzuschreiben.

Der Rat stimmt dem Antrag mit 115 zu 0 Stimmen zu.

Antrag PFK zu S. 21 / FD Ziffer 10: Nicht abzuschreiben sei das Postulat P 34, Amrein Ruedi und Mit. über die Ausführung eines erheblichen Teils der kantonalen Hochbauinvestitionen in Holz.

Der Rat stimmt dem Antrag mit 112 zu 0 Stimmen zu.

Antrag PFK zu S. 21 / BKD Ziffer 14: Nicht abzuschreiben sei das Postulat P 101, Keller Irene und Mit. über die Einführung eines obligatorischen Schulfachs «Politische Bildung» auf der Sekundarstufe I.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Ein eigenes Fach für politische Bildung ist nicht vorgesehen, aber wir haben die entsprechenden Unterrichtseinheiten im Rahmen von entdecke.lu.ch in allen Klassen für obligatorisch erklärt. Wir sind der Ansicht, dass damit Ihrem Anliegen Rechnung getragen wird. Ich bitte Sie, das Postulat abzuschreiben.

Irene Keller: Im Postulat P 101 wurde ursprünglich eine eigene Lektion für die politische Bildung gefordert. In meinem damaligen Votum habe ich aber ausdrücklich erwähnt, dass es auch möglich ist aufzuzeigen, dass die Förderung der politischen Bildung eingebaut in Lernziele möglich sei. Dass nun einfach auf entdecke.lu.ch Teile eines Lernziels «Wer entscheidet über die Zukunft unseres Kantons» als obligatorisch erklärt wurden, empfinde ich als sehr billige Lösung, welche aufzeigt, dass man dem Thema scheinbar nicht die nötige Beachtung schenken will. In der SPK haben wir zur Einzelinitiative Stimmrechtsalter 16 eine

sehr breit gefächerte Anhörung durchgeführt. Alle Jungparteien, die Vertretungen der SPK Ständerat und der SPK Nationalrat, welche das Thema auf Bundesebene diskutiert haben, die Vertretungen der Kantone Glarus mit Stimmrechtsalter 16 und Solothurn mit einer kürzlichen Ablehnung eines solchen bis zum ehemaligen SRF-Politexperten Claude Longchamp waren sich alle einig: Die politische Bildung muss auf der ganzen Linie gefördert werden. Die Schule sei der beste Ort, denn dort könne das Wissen flächendeckend weitergegeben werden. Es geht nicht einfach darum, fachliches Know-how zu erlernen, darüber sind wir uns sicher einig. Es geht darum, unsere demokratischen Werte weiterzugeben, die auf dieser Welt einzigartig und einmalig sind, die Jugend früh dafür zu sensibilisieren und sich bewusst zu sein, welches Geschenk wir in der Schweiz haben. Die politische Bildung ist aus unserer Sicht zentraler denn je, dies nur schon auf der Basis der digitalen Medien. Es geht alles schneller, es ist alles früher. Dem muss man Rechnung tragen. Ich bitte Sie daher, das Postulat P 101 nicht abzuschreiben. Sollte es trotzdem geschehen, wird das Thema sicher wieder kommen.

Der Rat stimmt dem Antrag mit 82 zu 33 Stimmen zu.

Folgende Motionen und Postulate werden abgeschrieben:

Staatskanzlei

Motionen

1. *Widmer Herbert* und Mit. über die zeitnahe Durchführung einer Evaluation der politischen Kultur und Zusammenarbeit im Kanton Luzern (M 204). Eröffnet 19.09.2016, erh. 11.12.2017
2. *Bühler Adrian* und Mit. über eine Standesinitiative für Politikerinnen im Mutterschaftsurlaub (M 206). Eröffnet 28.01.2020, erh. 23.06.2020

Postulat

2. *Widmer Herbert* und Mit. über die Schaffung guter Rahmenbedingungen für Mütter von kleinen Kindern im Kantonsrat (P 735). Eröffnet 26.03.2019, teilw. erh. 18.05.2020

Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Postulate

4. *Odermatt Samuel* und Mit. über die Mitwirkung der organisierten beziehungsweise nichtorganisierten Öffentlichkeit beim Gesamtprojekt Bypass (P 582). Eröffnet 09.09.2014, erh. 03.11.2014
9. *Zehnder Ferdinand* und Mit. über die Einbindung der Zentralschweiz ins (inter)nationale Bahnverkehrssystem (P 221). Eröffnet 08.11.2016, erh. 30.01.2017
12. *Wolanin Jim* und Mit. über die Erarbeitung eines Gesamtkonzeptes zum Flussschwimmen an der Reuss (P 416). Eröffnet 11.09.2017, teilw. erh. 20.03.2018
14. *Candan Hasan* und Mit. über Anpassungen des Energieförderprogramms im Zusammenhang mit dem neuen Energiegesetz (P 473). Eröffnet 05.12.2017, teilw. erh. 20.03.2018
52. *Wimmer-Lötscher Marianne* und Mit. über die Verlängerung der VBL-Linien 22 und 23 bis an den Bahnhof Luzern (P 194). Eröffnet 27.01.2020, teilw. erh. 28.01.2020
54. *Koch Hannes* und Mit. über eine digitale Mobilitätsplattform (Weiterentwicklung Verkehrsverbund Luzern) (P 10). Eröffnet 17.06.2019, teilw. erh. 18.05.2020
60. *Özvegyi András* und Mit. über Förderprogramm Energie erhöhen – für Wirtschaft und Klima (P 250). Eröffnet 18.05.2020, teilw. erh. 29.06.2020
70. *Schneider Andy* und Mit. über Fussgängerstreifen in Tempo-30-Zonen (M 91). Eröffnet 09.09.2019, teilw. erh. Postulat 27.10.2020

Bildungs- und Kulturdepartement

Motionen

2. *Moser Andreas* und Mit. über die Überprüfung der Strukturen und der Finanzierung des Zweckverbandes Grosse Kulturbetriebe (M 236). Eröffnet 12.12.2016, erh. 12.12.2016
3. *Wolanin Jim* und Mit. über die Schaffung einer Finanzierungsregelung für den Kita-Besuch von Kindern mit besonderen Bedürfnissen (Behinderungen). Folgekosten und soziale Ausgrenzung vermeiden dank früher Förderung (M 176). Eröffnet 03.12.2019, erh. 08.09.2020
5. *Zemp Gaudenz* und Mit. über die Entwicklung des neuen Konzeptes für das Luzerner

Theater in Varianten (M 303). Eröffnet 22.06.2020, teilw. erh. 01.12.2020

Postulate

4. *Bühler Adrian* und Mit. über die Überprüfung der Schulevaluation (P 562). Eröffnet 15.05.2018, erh. 11.09.2018
6. *Candan Hasan* und Mit. über eine angemessene Ausbildungsfinanzierung (P 64). Eröffnet 18.06.2019, teilw. erh. 22.10.2019
7. *Arnold Valentin* und Mit. über die Vermittlung von klimarelevanten Themen in der Aus- und Weiterbildung der Landwirtinnen und Landwirte (P 53). Eröffnet 17.06.2019, teilw. erh. 03.12.2019
8. *Zemp Gaudenz* und Mit. über die Weiterentwicklung des 9. Schuljahres (P 105). Eröffnet 16.09.2020, erh. 28.01.2020
12. *Brunner Simone* und Mit. über Massnahmen zur Vorbeugung von Jugendarbeitslosigkeit (P 245). Eröffnet 18.05.2020, teilw. erh. 29.06.2020
13. *Dubach Georg* und Mit. über einen befristeten Gebührenerlass für Laien-Kulturvereine (P 276). Eröffnet 18.05.2020, teilw. erh. 29.06.2020

Finanzdepartement

Motion

2. *Sager Urban* und Mit. über die Einführung eines bezahlten Vaterschaftsurlaubs von zwei Wochen (M 555). Eröffnet 08.05.2018, teilw. erh. 09.09.2019

Postulate

1. *Schmid Bruno* namens der CVP-Fraktion über eine Auslegeordnung im Besoldungssystem (P 546). Eröffnet 01.12.2009, erh. 14.09.2010
4. *Candan Hasan* und Mit. über die Verwendung von Luzerner Holz bei der Realisierung des zentralen Verwaltungsgebäudes am Seetalplatz (Waffel), Luzern Nord (P 201). Eröffnet 19.09.2016, erh. 27.03.2017 (in Verbindung mit Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement)
5. *Freitag Charly* und Mit. über die Prüfung eines zentralen Online-Bürgerportales (P 387). Eröffnet 11.09.2017, erh. 19.03.2018
6. *Meyer Jörg* und Mit. über zahlbares Wohnen im Entwicklungsgebiet Luzern Nord (P 477). Eröffnet 11.12.2017, teilw. erh. 15.05.2018
7. *Meyer Jürg* und Mit. über die Schaffung von Wohneigentum am Seetalplatz (P 565). Eröffnet 15.05.2018, erh. 09.09.2019
8. *Muff Sara* und Mit. über eine CO₂-neutrale und umweltverträgliche Investitionsstrategie bei der Luzerner Kantonalbank und der Luzerner Pensionskasse (P 44). Eröffnet 17.06.2019, teilw. erh. 16.09.2019
11. *Zurbruggen Roger* und Mit. über die Gleichbehandlung von Staatsangestellten in den Bereichen Schulwesen und Verwaltung hinsichtlich einer Entlastung aus gesundheitlichen Gründen in den fünf Jahren vor der Pensionierung (P 621). Eröffnet 17.09.2018, erh. 22.10.2019
12. *Sager Urban* und Mit. über drei bezahlte Urlaubstage zur Betreuung kranker Kinder und Familienmitglieder (P 681). Eröffnet 28.01.2019, teilw. erh. 22.10.2019
16. *Piazza Daniel* und Mit. über die Auswirkungen der Corona-Krise auf den Staatshaushalt des Kantons Luzern in verschiedenen Szenarien (P 264). Eröffnet 18.05.2020, erh. 29.06.2020
18. *Dubach Georg* und Mit. über einen befristeten Gebührenerlass für Vereine des Breitensports (P 277). Eröffnet 18.05.2020, teilw. erh. 29.06.2020
19. *Marti André* und Mit. über Smart Working (P 275). Eröffnet 18.05.2020, teilw. erh. 29.06.2020

Gesundheits- und Sozialdepartement

Postulate

1. *Jung Gerda* und Mit. über eine patientenorientierte Palliativversorgung im vertrauten Umfeld (P 185). Eröffnet 21.06.2016, erh. 15.05.2017
2. *Freitag Charly* und Mit. über eine Gesetzesanpassung zur Übernahme der Restfinanzierungsbeiträge für Pflegekosten von Asylsuchenden innerhalb der ersten zehn Jahre während des Aufenthalts im Kanton Luzern (M 298). Eröffnet als Motion 27.03.2017,

erh. als Postulat 08.05.2018

4. *Zemp Baumgartner Yvonne* und Mit. über bedarfsgerechte Angebote in der Luzerner Psychiatrie (Lups) (P 458). Eröffnet 04.12.2017, erh. 19.06.2018

6. *Meister Beat* und Mit. über die Integration des Rettungsdienstes Seetal ins Pilotprojekt Fahrzeugpool Zentralschweiz (P 659). Eröffnet 03.12.2018, teilw. erh. 04.12.2018

8. *Pfäffli-Oswald Angela* und Mit. über die Schaffung von Transparenz über Kosten im Gesundheitswesen: Preisetikette häufiger medizinisch-technischer Leistungen (P 684). Eröffnet 28.01.2019, teilw. erh. 26.03.2019

11. *Reusser Christina* und Mit. über die Erstellung von Hitzemassnahmeplänen (P 655). Eröffnet 03.12.2018, erh. 16.09.2019

12. *Hunkeler Yvonne* und Mit. über die Nutzung des Wärme- und Kältepotenzials des Sempachersees durch das Luzerner Kantonsspital Sursee (P 632). Eröffnet 23.10.2018, erh. 22.10.2019

13. *Bucher Noëlle* und Mit. über die Sicherstellung der Finanzierung des Projekts «Hebamme Zentralschweiz» (P 106). Eröffnet 16.09.2019, teilw. erh. 18.05.2020

15. *Schurtenberger Helen* und Mit. über die Finanzierung der Folgekosten einer fehlenden Schutzmassnahme für Erwachsene, die nach dem Jugendstrafrecht verurteilt wurden (P 125). Eröffnet 21.10.2019, erh. 23.06.2020

16. *Betschen Stephan* und Mit. über Vorbereitungen zur Verhinderung einer zweiten Covid-19-Ansteckungswelle (P 290). Eröffnet 18.05.2020, erh. 29.06.2020

17. *Ledergerber Michael* und Mit. über finanzielle Sofortmassnahmen für betreuende Angehörige von erwachsenen Menschen mit Behinderungen (P 253). Eröffnet 18.05.2020, teilw. erh. 29.06.2020

Justiz- und Sicherheitsdepartement

Motion

1. *Moser Andreas* und Mit. über eine moderate Anpassung der aktuell gültigen Ladenöffnungszeiten (M 687). Eröffnet 28.01.2019, erh. 29.01.2019

Postulate

5. *Meyer-Jenni Helene* und Mit. über eine effektive Koordinations- und Präventionsstelle «Häusliche Gewalt» (P 155). Eröffnet 02.12.2019, erh. 23.06.2020

6. *Keller Daniel* und Mit. über die Veröffentlichung der Standorte von stationären und semistationären Radaranlagen im Kanton Luzern (M 130). Eröffnet 22.10.2019, erh. als Postulat 23.06.2020

8. *Schuler Josef* und Mit. über Adoptionen aus dem Ausland im Kanton Luzern (P 232). Eröffnet 18.05.2020, teilw. erh. 14.09.2020

In der Schlussabstimmung stimmt der Rat dem Kantonsratsbeschluss über die Abschreibung von Motionen und Postulaten, wie er aus der Beratung hervorgegangen ist, mit 113 zu 0 Stimmen zu.